

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 21 90 38/39  
Telex: 8 66 846 ppbn d

## Inhalt

Dr. Peter Mitzscherling MdB analysiert die außenwirtschaftlichen Konjunktur-Risiken: Die USA präsentieren die Rechnung.

Seite 1

Hans Büchler MdB zum 25. Jahr des Bestehens der Berliner Mauer: Bundesregierung ohne deutschlandpolitische Perspektive.

Seite 4

Dokumentation  
Wissenschaftler-Erklärung  
zum Verbot von Atomtests.

Seite 5

41. Jahrgang / 151

12. August 1986

### Die USA präsentieren die Rechnung

Die außenwirtschaftlichen Risiken belasten zunehmend unsere Konjunktur

Von Dr. Peter Mitzscherling MdB  
Außenwirtschaftspolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion

Die Herren Stoltenberg und Schlecht sind irritiert: Die Amerikaner teilen offenbar nicht ihre Einschätzung, daß das Wachstum unserer Wirtschaft anhält - sich sogar im zweiten Halbjahr beträchtlich verstärkt - und zunehmend von wachsender Binnennachfrage bei steigenden Importen getragen wird.

Denn unbeeindruckt von allen Versicherungen verlangen die USA auch von den Deutschen: Senkt endlich Eure Zinsen, verstärkt Eure Wachstumsanstrengungen, öffnet Eure Märkte für mehr Importe!

Und sie erklären dezent: Tut Ihr weiterhin nichts, wird der US-Dollar noch billiger und der Protektionismus in unserem Lande stärker - wollt Ihr das?

Dies irritiert nicht nur, dies macht schaudern! Ein unter zwei Mark sinkender US-Dollar, sich verschließende US-Märkte und eine wachsende amerikanische Konkurrenz auf allen Märkten bei zurückgehendem Wachstum des Welthandels - für unsere exportorientierte Volkswirtschaft hätte dies schlimme Folgen: Ertragseinbrüche vieler Unternehmen, Arbeitsplatzabbau und weiterer Anstieg der Massenarbeitslosigkeit!

Die beschwichtigend-beschwörenden Erklärungen der Bundesregierung, daß

- die deutsche Volkswirtschaft zu klein sei, um Lokomotivfunktionen übernehmen zu können;

Verlag, Redaktion und Druck:  
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH  
Hausallee 2-10, Pressehaus I/217  
5300 Bonn 1, Postfach 12 04 08

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.  
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50  
inkl. zuzügl. MwSt und Versand.

Kundinnen und Kunden  
mit empfindlichen Rohstoffen  
Recycling-Papier



- die deutschen Zinsen zu den niedrigsten der Welt zählen;
- unsere Importe stärker als die Exporte wachsen und damit die in Tokio verabredeten Absenkungen des Dollarkurses ihre erhofften Wirkungen zeigen,

mögen überwiegend richtig sein.

Aber diese Erklärungen werden die Amerikaner nicht überzeugen! Denn Ende 1986 wird das US-Defizit abermals gewaltig und der Leistungsbilanzüberschuß Japans und der Bundesrepublik Deutschlands noch größer als Ende 1985 sein. In den Augen der amerikanischen Kongreßabgeordneten, der durch deutsche Exporte bedrohten US-Unternehmen und auch der US-Farmer wird allein dieses Ergebnis zählen - sonst nichts!

Und die Amerikaner registrieren: Die Japaner wollen uns helfen. Die Deutschen aber verweigern sich nicht nur, sondern sie brüsten sich mit ihren Konsolidierungserfolgen und fordern uns, die USA, belehrend auf, endlich unsere Defizite abzubauen. Zum Kopfschütteln über die Haltung der Bundesregierung besteht in der Tat Anlaß:

- Zunächst bejubelt die Bundesregierung die „Erfolge“ der US-Wirtschaftspolitik und läßt das deutsche Exportwachstum als ihren wirtschaftspolitischen Erfolg feiern;
- dann übernimmt sie die Kritik der Sozialdemokraten und fordert die Amerikaner zu mehr internationaler Kooperation in der Wirtschafts-, Währungs- und Finanzpolitik auf;
- und nun, nachdem sich die USA endlich zu einer engeren internationalen Zusammenarbeit bereitfinden, um ihren Defizitabbau ohne negative Auswirkungen auf die Weltwirtschaft zu erreichen, verweigert sich die Bundesregierung in arroganter Manier.

Diese Verweigerungspolitik der Bundesregierung ist gefährlich! Noch hätten Bundesregierung und Bundesbank die Möglichkeit, ihre Kooperationsbereitschaft zu demonstrieren, könnten die Bedingungen künftiger internationaler Kooperation mitgestalten. Tun sie dies nicht, werden die Amerikaner ihre wirtschafts- und währungspolitische Macht ausspielen und uns zwingen, ihrem Verlangen nachzukommen.

Denn die Amerikaner haben die von ihrer Politik ausgehenden Gefahren inzwischen erkannt: US-Finanzminister Baker, Notenbankpräsident Volcker, Wirtschaftsberater Sprinkel sowie namhafte amerikanische Ökonomen wie die Professoren Feldstein, Bergsten und Heller sind sich einig: Amerikas gewaltigen Haushalts- und Leistungsbilanzdefizite belasten nicht nur die US-Wirtschaft sondern zunehmend auch die Weltwirtschaft. Die Amerikaner bekennen sich nun ausdrücklich zu ihrer weltwirtschaftlichen Verantwortung. Sie bemühen sich, die Ursache des Übels, nämlich die gewaltigen US-Haushaltsdefizite, abzubauen. Sie erwarten, daß die anderen großen Industrieländer, vor allem die Überschußländer Japan und Deutschland, ihnen bei der Korrektur der entstandenen Probleme helfen und sie begründen ihre Erwartungen damit, daß die amerikanische Wirtschaftspolitik zu einem weltweiten Konjunkturaufschwung geführt und Japan und der Bundesrepublik Deutschland einen gewaltigen Exportboom beschert habe - auch dank ihrer im Vergleich zum US-Dollar unterbewerteten Währungen.

Das Ziel, das die Amerikaner seit dem Weltwirtschaftsgipfel von Tokio anstreben, heißt deshalb: Stabilisierung des US-Dollars auf niedrigerer Ebene, um die Außenhandelsbilanz der USA zu sanieren.

Sie haben deshalb einen radikalen Schwank ihrer Währungs- und Geldpolitik vollzogen. So hatten die USA in Tokio vorgeschlagen, daß Automatismen geschaffen, daß verbindliche Indikatoren festgelegt werden, die - sobald sie auf ein Land zutreffen - zu automatischem Handeln zwingen sollen.

Der gegenwärtige Konflikt zeigt den Dissens von Tokio: Ungeklärt ist geblieben, wer letztlich die Last der Anpassung trägt: Ist es zu erst Amerikas Aufgabe, seine Defizite schrittweise abzubauen oder sind vorrangig die Überschußländer gefordert, durch Maßnahmen zur Stärkung ihrer Binnenkonjunktur die USA zu entlasten und einen Nachfrageausfall ausgleichen zu helfen.

Realistischerweise müßte beides geschehen. Doch die Bundesregierung verweigert sich dieser von den USA geforderten Internationalen Aktion. Sie befürchtet, die Haushaltskonsolidierung bei uns könnte durch die geforderten Maßnahmen gefährdet werden und hält an ihrem Rezept fest: Nur eine Weiterführung der restriktiven Finanzpolitik garantiert uns ein inflationsfreies Wachstum.

Dabei geht es heute nicht darum, ob die deutsche Wirtschaft als Lokomotive die Weltwirtschaft ziehen könnte. Dies kann sie natürlich nicht! Es geht darum, daß die Weltwirtschaft vor einer gewaltigen strukturellen Anpassungsaufgabe steht: Abbau der deutschen und japanischen Leistungsbilanzüberschüsse und des amerikanischen Defizits. Und dazu ist ein Saldo an Warenströmen von rund 130 Milliarden US-Dollar umzukehren! Wir werden schneller steigende Importe hinnehmen müssen und dies wird nur durch eine erhöhte binnenwirtschaftliche Nachfrage möglich sein.

Unsere Exportkonjunktur geht unweigerlich zu Ende - und mit einem US-Dollar, der nur noch zwei D-Mark kostet, hat sich der Wettbewerb auf allen Märkten der Welt verschärft. Dies trifft unsere exportabhängige Wirtschaft, beeinträchtigt ihre Erträge und damit ihr Steueraufkommen; es gefährdet die Beschäftigung und kann zu weiter steigender Arbeitslosigkeit führen - wenn nichts geschieht!

Deshalb müssen Bundesregierung und Bundesbank kooperationsbereit sein, müssen umfassende und globale politische Anstrengungen unterstützen, müssen gefährlichen Entwicklungen rechtzeitig begegnen. Bundesregierung und Bundesbank dürfen sich nicht durch Verweigern in Bahnen zwingen lassen, die unserer Volkswirtschaft schaden. Sie müssen die Bedingungen für einen deutschen Beitrag zur Konsolidierung durch aktive Politik beeinflussen. Und dies heißt für die Gegenwart: Zinssenkungen, Steuerentlastungen und mehr öffentliche Investitionen!

(-/12.8.1986/st/ks)

\* \* \*



**Bundesregierung ohne deutschlandpolitische Perspektiven**

Zum 25. Jahr des Bestehens der Mauer

Von Hans Böhler MdB

Obmann der SPD-Bundestagsfraktion im Ausschuß für innerdeutsche Beziehungen

Mauer und Grenzbefestigung gehören zu den absurdesten und unmenschlichsten Bauten in Europa. Diese Feststellung gilt 25 Jahre nach dem Bau dieses „Symbols für Versagen in der Politik“ genauso wie in den Jahren zuvor.

Ein Vierteljahrhundert ist vergangen, seit in den frühen Morgenstunden des 13. August Bautruppen der DDR unter dem Schutz der nationalen Volksarmee damit begannen, die DDR und Ostberlin von den Westsektoren der Stadt abzusperren. Dem Bau der Mauer folgte die Befestigung der Grenze zwischen beiden deutschen Staaten. Durch die fortlaufende Verstärkung der Grenzbefestigungen sind mit den technischen Möglichkeiten der modernen Zivilisation Bauwerke entstanden, die im krassen Widerspruch zur Kultur eben dieser Zivilisation und den Werten der Menschlichkeit stehen.

Das Mißtrauen der Regierenden in der DDR, das sie ihren eigenen Bürgern entgegenbringen, hat sich in den letzten Jahren nicht gewandelt. Die „Feierlichkeiten“ zum 25jährigen „Jubiläum“ mit der dazugehörigen Briefmarke sind Ausdruck dieses Mißtrauens und der Unsicherheit der SED-Führung gegenüber den Menschen in der DDR: Denn es darf als gesichert gelten, daß in der DDR niemand an die offizielle Sprachregelung über Sinn und Zweck der Mauer glaubt - nicht einmal die Festredner.

Wer Besuchern aus anderen Ländern die Mauer erklären muß, hört öfters die Bemerkung: so etwas bringen nur die Deutschen fertig. Damit wird auch zum Ausdruck gebracht, daß man einen eigenen Beitrag der Deutschen zum Abbau dieser Mauer erwartet.

In der Tat - ohne einen Beitrag der Deutschen aus Ost und West wird die Mauer nicht durchlässiger und auf keinen Fall abgebaut. Deutsche Politik muß deshalb Vorreiter sein beim Abbau von Spannungen und Trennendem zwischen Ost und West. Dazu gehört in erster Linie, daß man nicht durch vorurteilsbeladene Kampagnen und politische Schnellschüsse noch zusätzliche politische Mauern errichtet.

Unsere Aufgabe ist es vielmehr, mit der Souveränität von Demokraten, die wissen, sie repräsentieren das menschlichere politische System, frei und offensiv in Gespräche und Verhandlungen einzutreten. Daran hat es seit dem Beginn der Rechtskoalition gemangelt. Die Bundesregierung muß die Initiative bei der Verbesserung des deutsch-deutschen Verhältnisses wieder in die Hand nehmen. Die Bilanz, die Bundesminister Windelen jetzt zur Deutschlandpolitik vorlegte, war eine einzige Liste der Verlegenheit. Positive Elemente und Fortschritte, die in der Liste angeführt werden, haben ihren Ursprung in der sozial-liberalen Koalition.

Neue Perspektiven in der Deutschlandpolitik sind weit und breit nicht zu finden. Nicht einmal Ansätze neuer Ideen, die Deutschlandpolitik weiter zu entwickeln, sind zu entdecken. Die jetzige Bundesregierung muß wieder Anschluß an die Politik der Entspannung der sozialdemokratisch geführten Bundesregierung gewinnen. Von der Bundesrepublik Deutschland muß offensiver politischer Druck ausgeübt werden, damit eine gesicherte Friedensregion im mitteleuropäischen Raum entsteht. Dazu gehören zum Beispiel Verhandlungen mit der DDR über atom- und chemiewaffenfreie Zonen ebenso wie wirtschaftliche und kulturelle Abkommen.

Daß die Asylantenfrage heute noch nicht gelöst ist, ja nicht einmal einen Schritt vorwärts gebracht worden ist zu einer vernünftigen Lösung, liegt an der politischen Unfähigkeit dieser Bundesregierung, mit Ostblockländern zu verhandeln. Feststeht: eine offensive Deutschlandpolitik würde es der DDR schwer machen, ihre Thesen über die Berechtigung der Mauer aufrecht zu erhalten. Und Honecker muß wissen, daß jede Menschenrechtsverletzung, jeder Schuß an der Mauer und nicht zuletzt die Mauer selbst eine Belastung für eine dauerhafte Befriedung in Europa darstellt. (-/12.8.1986/st/ks)



## DOKUMENTATION

---

### Wissenschaftler fordern Verbot von Atomtests

---

Wissenschaftler aus 35 Ländern haben sich für ein Verbot von Atomtests ausgesprochen. Auf einem Kongreß, der vom 11. bis 13. Juli in Moskau stattfand, verabschiedeten die rund 230 Teilnehmer einstimmig die im folgenden im Wortlaut veröffentlichte Erklärung.

„Bei einem Treffen in Moskau zu einem internationalen Forum der Wissenschaftler für das Verbot von Atomtests hatten wir die Möglichkeit, informell die brennenden Fragen unserer Zeit zu diskutieren: Das nukleare Wettrüsten, die Entwicklung neuer Arten von Atomwaffen und die daraus entstehende Verringerung der nuklearen Stabilität.

Im Verlauf der offenen Diskussion legten die Wissenschaftler aus unterschiedlichen Fakultäten ihre Gedanken über die ersten Probleme durch Kernwaffen und über praktikable Schritte zur Verbesserung der Situation dar.

Wir stehen vor einer einfachen und unerbittlichen Realität: Die Zivilisation wird einen Atomkrieg nicht überleben. Die hochtechnologischen Systeme können unerwartet und mit katastrophalen Folgen versagen. Die Unfälle von Challenger und Tschernobyl haben diesen Sachverhalt kürzlich überzeugend gezeigt.

Aktive Maßnahmen sind erforderlich, um das Risiko eines Atomkrieges zu senken. Wir sind davon überzeugt, daß ein kontrollierbares vollständiges Verbot der Atomtests ein erster Schritt auf diesem Weg sein könnte. Da das Ziel der Atomtests die Entwicklung neuer Waffensysteme ist, würde ein solches Verbot das nukleare Wettrüsten wirksam bremsen. Langfristig würde ein kontrollierbares und vollständiges Verbot ein Schritt zur Beseitigung aller Atomwaffenarsenale sein. Dies würde einen Durchbruch bewirken zu Vertrauen, Vernunft und internationaler Verständigung.

Eine neue Denkweise über diese Probleme ist notwendig. Das einseitige Atomtestmoratorium der Sowjetunion ist eine überaus wichtige Demonstration dieser neuen Denkweise. Es eröffnet einzigartige Möglichkeiten für ein vollständiges Verbot von Atomtests. Wir hoffen, daß die USA ihrerseits

einen solchen Beschluß über ein Moratorium fassen. Wir hoffen, daß sich die sowjetische Regierung in der Lage sieht, ihr Moratorium zu verlängern. Ebenso hoffen wir, daß sich alle Atommächte diesem Moratorium und allen anderen Initiativen zur Verringerung der Gefahren eines Atomkrieges überall in der Welt anschließen werden.

Bezüglich des Problems der Kontrolle über ein vollständiges Atomtestverbot sind wir überzeugt, daß die neuesten Errungenschaften in der Seismologie, verbunden mit angemessenen Mechanismen der internationalen Zusammenarbeit, einschließlich von Inspektionen vor Ort, ein hohes Maß an Vertrauen schaffen, daß Atomtests nicht mehr durchgeführt werden. Dieses Vertrauen könnte weiter gestärkt werden, wenn der wissenschaftliche Austausch weiterhin zunimmt.

Unser Forum begrüßt die Vereinbarung zwischen der Akademie der Wissenschaften der UdSSR und dem Komitee für den Schutz der Naturressourcen der USA, der zufolge amerikanische und sowjetische Wissenschaftler seismische Instrumente auf dem Territorium der UdSSR in der Nähe des Versuchsgeländes von Semipalatinsk aufgestellt haben. Diese Initiative verdeutlicht, daß eine gemeinsame Kontrolle über ein vollständiges Verbot von Atomwaffenversuchen möglich ist. Wir empfehlen eindringlich, daß weitere gemeinsame Initiativen unternommen werden, die andere Beteiligte mit einschließen. Wir fordern die verantwortlichen Politiker aller Atommächte, insbesondere der UdSSR und der USA, auf, ein Abkommen über das Verbot jeglicher Atomtests zu schließen.

Wir ersuchen auch Herrn Perez de Cuellar, den UN-Generalsekretär, sein hohes Ansehen geltend zu machen, um die Lösung dieses Anliegens zu fördern, welches das Forum als außerordentlich wichtig für alle Länder der Welt betrachtet.

Wir sind überzeugt, daß die Sicherheit der ganzen Menschheit ebenso wie die unmittelbare Sicherheit der Sowjetunion und der USA durch ein vollständiges Atomtestverbot wesentlich gefestigt wird. Und es ist ebenso unsere Hoffnung, daß langfristig ein überprüfbares vollständiges Testverbot zu einer umfassenden Beseitigung der Atomwaffen und anderer Massenvernichtungswaffen führen wird.“

(-/12.8.1986/st/ks)

\* \* \*

